

Der Autor faßt den damaligen Wissensstand zusammen, indem er die Forschungsergebnisse anderer ungarischer Historiker berücksichtigt. Er behandelt falsche, falsch datierte bzw. undatierte, bis zum Jahre 1400 ausgestellte Urkunden, die mit der ungarischen Geschichte eng verbunden sind oder aber Ungarn nicht unmittelbar betreffen, jedoch in den wichtigsten ungarischen Urkundensammlungen enthalten sind. Dem abgekürzten Editions Hinweis, Ausstellungsdatum, angeblichem Auftraggeber und kurzem Inhalt der jeweiligen Urkunde folgt nur selten eine kurze Begründung, warum die betreffende Urkunde für falsch gehalten wird, eher wird auf eine ausführlichere Behandlung dieses Sachverhalts in anderer Literatur hingewiesen.

Karácsonyi strebt nicht nach Vollkommenheit, sein Werk war als Anregung für weitere Forschungsarbeit seiner Kollegen gedacht. Vielleicht ist genau deswegen die Tatsache bemerkenswert, daß in diesem Werk kein einziger Hinweis auf neuere Literatur zu finden ist. Man hätte aber begrüßt, wenn die Herausgeber in einer Zusammenfassung ergänzend auf die neueren Forschungsergebnisse hingewiesen hätten.

Norbert Spannenberger

München

ZEIT DER HABSBURGER

KÁLLAY, ISTVÁN: *A városi önkormányzat hatásköre Magyarországon 1686-1848* [Der Wirkungsbereich der städtischen Selbstverwaltung in Ungarn 1686-1848]. Budapest: Akad. Kiadó 1989. 417 S.

Das wertvolle Buch behandelt ein Thema, das in der ungarischen Rechtsgeschichte nicht zufriedenstellend behandelt wird. Allerdings beschränkt es sich hier auf die königlichen Freistädte, hauptsächlich auf Fehérvár. Der Verf. arbeitete aufgrund eines großen Quellenmaterials; neben den Budapester und Wiener Archiven berücksichtigte er selbstverständlich auch die Fachliteratur.

Es geht um die Befugnisse der königlichen Freistädte hinsichtlich Politik, Kommunalwesen, Wirtschaft, Kultur, Kirchen, Gesundheitswesen; einige Seiten widmen sich sogar der Tätigkeit des Stadtrats auf dem Gebiet der Post. Der Autor behandelt ausführlich die mit der städtischen Selbstverwaltung zusammenhängenden Rechte und Pflichten. Man bekommt nicht nur über die Tätigkeit des Stadtrates bzw. der Stadtverwaltung, sondern auch über das Leben der städtischen Bevölkerung, über ihre Rechte und Pflichten im 18./19. Jh., ein detailliertes Bild.

Im umfangreichen ersten Kapitel (»Politische Verwaltung«) werden auch die zahlreichen, zum Teil unbekannteren Aufgaben der Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Militärwesens dargestellt. Der Verf. widmet in diesem Kapitel auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung große Aufmerksamkeit; von besonderem

Interesse ist der kurze Hinweis auf die Kompetenzen des Stadtrates bei der Kontrolle der Matrikel und der Namensänderungen.

Im Kapitel 2 über die kommunale Verwaltung betont der Verf. die Aufgabengebiete öffentliche Gebäude, Straße, Plätze, Brunnen, Kanäle, ferner die Einführung der Hausnummern am Anfang des 19. Jhs. In der Wirtschaftsadministration (Kapitel 3) wird das Hauptgewicht auf die Agrarverwaltung und Verwaltung des Gewerbesesens gewidmet. Etwas kürzer wird der Handel erörtert; die Mitteilungen über die Handelsgesellschaft und deren Probleme mit dem Stadtrat sind sehr wichtig.

Kapitel 4 betrifft die Steuerverwaltung; die städtische Bevölkerung mußte Staats- und Stadtsteuern zahlen. Wichtige Aufgabe war in diesem Zusammenhang die jährliche Erfassung als Grundlage der Steuerveranlagung. Aufschlußreich sind auch die Ausführungen über Probleme der Kultur (Kapitel 5). In Fehérvár gab es im 18. Jh. ungarische, deutsche und serbische Elementarschulen; in Sopron entstanden sogar die ersten Privatschulen. In der Schulpolitik fiel den katholischen Orden die wichtigste Rolle zu. Im sechsten Kapitel werden die »kirchlichen Angelegenheiten« untersucht, wobei aber die Text-Anteile für die einzelnen Kirchen zu große Unterschiede aufweisen. Der katholischen Kirche wurden 49, der orthodoxen vier, den protestantischen zwei Seiten gewidmet, der Schule der jüdischen Gemeinschaft dreieinhalb Seiten.

Für das Gesundheitswesen sorgten die Freistädte zum Teil schon im 17. Jh., unter anderem durch die Kontrolle der Apotheken (Kapitel 6). Auch die Sorge für die Krankenhäuser gehörte zu den Aufgaben der Stadtverwaltung. Hinsichtlich der Post beschränkte sich der Stadtrat auf die Errichtung von Poststationen, sonst war diese eine gesamtstaatliche Angelegenheit (Kapitel 8).

Der Verf. beschränkt sich auf die westungarischen Städte und gibt nur einige wenige Hinweise auf die Marktflecken. Bezüge auf einige Städte in Mittel- und Ostungarn fehlen leider. Sicherlich waren beinahe alle königlichen Freistädte im westlichen und nördlichen Teil Ungarns gelegen, es gab aber mehrere sehr wichtige und große Städte auch in der Tiefebene in Ost- und Mittelungarn.

Innerhalb der einzelnen Kapitel werden viele Einzelprobleme erörtert, weshalb eine etwas ausführlichere Zusammenfassung für die Leser hilfreich gewesen wäre. Es wäre auch interessant gewesen – aber es hätte viele Seiten beansprucht –, auch über die stufenweise Weiterentwicklung der Freistädte nach der Türkenherrschaft zu schreiben.

Das Buch ist aber dennoch ein wichtiges Werk der ungarischen Rechtsgeschichte.

László Révész

Bern

GÁL, ÉVA L.: *Az óbudai uradalom a Zichyek földesurasága alatt (1659-1766)* [Die Altofener Domäne unter der Gutsherrschaft der Familie Zichy]. Budapest: Akad. Kiadó 1988. 248 S.

Die untersuchte Domäne erstreckte sich am rechten Ufer der Donau und auf der St. Andrä-Insel im historischen Komitat Pilis. Außer dem Marktflecken Altofen (Óbuda), St. Andrä (Szentendre) und Zsámbék umfaßte sie die Gemarkung weiterer 16 Ortschaften; die Mehrzahl der Ansiedlungen gehörte zu den ehemaligen königlichen Gütern. Wie die Autorin in der Einleitung zu Recht betont, handelt es sich um »Ansiedlungen mit großer Vergangenheit und zugleich mit großer Zukunft«, deren Geschichte bis heute eng mit der Entwicklung der Hauptstadt verbunden ist.

Die Organisierung des Gebiets zu einer Einheit kann seit Beginn der osmanischen Eroberung beobachtet werden, und dieses bleibt bis zur Auflösung des Fronwesens im gleichen organisatorischen Rahmen (1659-1766 in der Hand der Zichy, davor und danach in Kameralverwaltung) als eine Gutswirtschaft bestehen.

Die Autorin umreißt in der Einleitung jene Eigentümlichkeiten, die sich aus der zentralen Lage der Gutswirtschaft und deren enger Verbindung zu der sich entwickelnden Hauptstadt ergeben. Der Gutswirtschaft gelang es, die von den günstigen wirtschaftsgeographischen Bedingungen gebotenen Möglichkeiten auszunutzen: Ihre Bevölkerung und ihre Produktion stiegen in der untersuchten Epoche stark an, und im Interesse des Wachstums führten die Gutsherren eine großangelegte Kolonisation durch. Auch der spontane Zuzug war bedeutend. Die Zichy kolonisierten bereits am Ende des 17. Jhs. auf ihrer Besizung; die früheste grundherrschaftliche Kolonisation nach der osmanischen Eroberung ist mit ihrem Namen verbunden.

Das Thema ist aus mehreren Gesichtspunkten aktuell. Zum einen, weil diese Gutswirtschaft weder in den großen wirtschaftshistorischen Werken der 1920er und 1930er Jahren beachtet noch im Zuge der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschungen der 1950er und 1960er Jahre untersucht wurde. Zum anderen, weil sie ihre Einkünfte bereits in der ersten Hälfte des 18. Jhs. nicht in erster Linie aus der grundherrschaftlichen Privatwirtschaft, dem Allodium, bezog, sondern unmittelbar von den Hörigen; ihre Haupteinnahmen setzten sich aus den Servitutsleistungen der Hörigen und den grundherrschaftlichen Regaleinkünften zusammen.

Die Verfasserin kann unter der Betonung dieses charakteristischen Zuges keine betriebsgeschichtliche Untersuchung vorlegen: ihr Hauptanliegen sind die Wirtschaftstätigkeit sowie die soziale und materielle Schichtung der Bevölkerung. Die Autorin zeigt in diesem Rahmen eine Selbstbescheidung, indem sie die viel schwerer zugänglichen und prüfbareren Einkünfte urbarialen Charakters in den Vordergrund stellt. In diesem Zusammenhang sollen zwei ihrer Beobachtungen hervorgehoben werden, die siedlungsgeschichtlich bedeutend und auch wegen der Änderung der gutswirtschaftlichen Schwerpunkte wichtig sind.

Die erste Beobachtung betrifft die Änderung der Bedeutung Altofens unter den gutsherrschaftlichen Ortschaften. Von den 1710er Jahren an gewann Altofen an Bedeutung, zuerst auf Kosten von Zsámbék, dann von St. Andrä. Unter den auf das Fünfundzwanzigfache gewachsenen Einkünften der Gutswirtschaft stiegen auch die Einkünfte Altofens sehr dynamisch: am Ende der Epoche machten sie zwei Fünftel sämtlicher Einkünfte aus. All das kann eines der Grundmodelle der ungarischen, hauptstädtisch orientierten Entwicklung werden.

Die zweite Beobachtung betrifft die enge Beziehung zwischen den steigenden Einkünften der Bevölkerung und der Entwicklung des Weinbaus. Der von den Hörigenparzellen und der Gutswirtschaft produzierte und vom Gutsbesitzer besteuerte Wein war einer der wichtigsten Handelsartikel der Gutswirtschaften und der Bevölkerung. In der Altofener Gutswirtschaft änderten sich Fläche und Einkünfte der allodialen und der von der Bevölkerung bebauten Weinberge dynamisch: Bis in die 1710er Jahre war der grundherrschaftliche Weinbau von größerer Bedeutung. Er machte noch die Hälfte der Weineinnahmen der Gutswirtschaft aus, denn Zehntabgaben aus den Hörigenweingärten waren ja damals noch nicht allgemein üblich, der Grundbesitzer konnte also nicht mit diesen Einnahmen aus diesen rechnen. Von den 1710er Jahren an nahm der Weinbau der Bevölkerung schnell zu, und in 50 Jahren verkümmerte daneben die Produktion des Allodiums, obwohl inzwischen die ganze Weinproduktion um ein Vielfaches größer wurde. Eine derartige Steigerung der Weinproduktion lag neben anderen Gründen (gute Absatzmöglichkeiten, Schankrecht, Verbrauchergewohnheiten usw.) auch deshalb im Interesse des Gutsherrn, weil die zehntbaren Weingärten seinerseits nur mit einem sehr geringen Kostenaufwand belastet waren, im Gegensatz zu den in eigener Regie verwalteten Weingärten, die ziemlich große Investitionen erforderten. Der Weinbau lag aber auch im Interesse der Bevölkerung, denn er bedeutete die wichtigste Bargeldeinkommensquelle außer dem Verkauf des Viehzuwachses.

Éva L. Gál untersucht solche Daten, die den Beweis erbringen, daß die Weinproduktion eine wachsende Tendenz zeigt, während die Bedeutung der Ackerfeldwirtschaft und der damit verbundenen Zugviehhaltung sowohl bei der Gutswirtschaft als auch bei den unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung im Abnehmen begriffen ist. Die Grundlagen des Lebensunterhalts bedeutete in der Gutswirtschaft von Altofen – außer im Zsámbéker Becken und in Monostor – der Weinbau. Weil Weingärten praktisch ein jeder unbegrenzt besitzen durfte, ist auch in vielen anderen Gutswirtschaften zu beobachten, was hier die Autorin hervorhebt: Diejenigen mit der Rechtsstellung eines Häuslers waren in vielen Fällen, eben infolge des Weinbaus, in einer günstigeren materiellen Lage als die Grundhörigen. Bis zu einem gewissen Grade konnte der Besitz eines Weinbergs die aufgrund des Ackerfeld- und Zugviehbesitzes entstandenen sozialen Ungleichheiten ausgleichen. Das war zur Zeit des Wirtschaftens der Zichy besonders in jenen Ortschaften von großer Bedeutung, in denen wegen Überbevölkerung wenig Urbareiboden vorhanden war wie zum Beispiel in Altofen. Auch die auf dem Gebiet der Gutswirtschaft lebenden ärmsten Schichten, die Schichten der Tagelöhner fanden vor allem ein verhältnismäßig sicheres Auskommen auf den Weingütern.

Éva L. Gál vermittelt in ihrem Buch ein sehr anschauliches und dynamisches Bild einer sich kräftig entwickelnden Gutswirtschaft und deren Bevölkerung. Wo es die Daten ermöglichen, versucht sie sich auch an der Untersuchung der Lebensverhältnisse, die aus der Entfernung von zwei Jahrhunderten keine leichte, doch vom Leser her gesehen eine dankbare Aufgabe ist. Sie vergißt nicht zu betonen, daß es den Menschen – Hörigen und Handwerkern, Besitzlosen und grundherrschaftlichen Bediensteten oder gar der Herrschaft selbst – und ihrer ausdauernden und zielbewußten persönlichen Leistung zu verdanken war, daß diese verhältnismäßig kleine Gutswirtschaft sich zu einer der wertvollsten entwickelte.

Zsófia Demeter

Zékesfehérvár

NEUPAUER, KAMILL: *Mária Terézia úrbérrendezése Bereg, Máramaros, Ung és Ugocsa megyében* [Maria Theresias Urbarialregelungen in den Komitaten Bereg, Máramaros, Ung und Ugocsa]. Budapest: Akad. Kiadó 1989. 131 S., 12 Abb.

Als die 23jährige Maria Theresia den Thron bestieg, wurde sie mit all den Problemen konfrontiert, die ihr Vater und Vorgänger überlassen hatte: hohe Staatsschulden, finanzielle Schwierigkeiten, ein demoralisiertes Heer und die drohende Gefahr einer Intervention aus dem Ausland. Erst nachdem diese Aufgaben gelöst worden waren, wandte sich die Herrscherin einem anderen Problemfeld zu: der Bauernfrage.

Gemäß den Vorstellungen ihres von aufgeklärten und freimaurerischen Gedanken geprägten Ratgebers Sonnenfels, der behauptete, allein der Herrscher könne das Wohl seiner Untertanen sichern, versuchte Maria Theresia Entscheidungen von oben zu treffen. So sollten sowohl die Grundbesitzer befriedigt als auch die Bauern gesetzlich geschützt werden, denn die Situation spitzte sich immer mehr zu: 1742 herrschte in den Komitaten Máramaros und Ugocsa Hungersnot, 1753 gab es in Transdanubien, 1755 in Slowenien einen Bauernaufstand, 1766 wurden Unruhen in den Komitaten Vas, Somogy, Baranya, Tolna und Veszprém gemeldet. Diese Ereignisse beschleunigten den Erlaß des Urbarialpatentes (23. Januar 1767), was die einheitliche Regelung des Leibeigenenlastes bedeutete. Die Verordnung bestimmte die den Leibeigenen zu überlassenden Grundstücke, wobei die Qualität des Grundstückes besonders berücksichtigt wurde. Sie verbot die Umwandlung der Zinshöfe in Allodien und enthielt genaue Vorschriften, wieviel Geld, Naturalien und Fronarbeit der Grundbesitzer von seinen Leibeigenen fordern durfte. Diese Verordnung war insgesamt ein Fortschritt sowohl für die einzelnen Komitate als auch für das ganze Land.

Neupauer untersucht in seinem Buch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgangspunkt, die durchgeführten Maßnahmen sowie die Wirkung und die Bedeutung dieser Verordnungen in den Komitaten Bereg, Máramaros, Ung und Ugocsa. Die wichtigsten Daten sind in einer Tabelle zusammengefaßt, dieser folgt ein Quellenverzeichnis, eine Tabelle der damals gültigen Maßeinheiten und der

damaligen Ortsnamen, ergänzt mit den heute gültigen. Der Anhang mit den Abbildungen schließt die Reihe.

Daß dieses Buch wohl doch kein »Bestseller« wird, liegt nicht an seiner Strukturierung, Einteilung oder den Formalia.

Das vom Autor sehr vereinfachte Bild der damaligen Welt fällt sofort ins Auge. Es entsteht der Eindruck, daß die kaiserlichen Maßnahmen Täuschungsmanöver waren, die die weitere Unterdrückung und Ausbeutung der Bauern aufrechterhalten sollten. Manche Leser werden sich ziemlich schwer mit solchen Bemerkungen auseinandersetzen können wie: »Die Materialisten, ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen, vertraten die Meinung, daß für Charakter und Taten des Menschen seine Umwelt und seine Erzieher verantwortlich sind. Daraus ergibt sich die revolutionäre Schlußfolgerung, daß, um den Menschen zu verändern, seine gesamte Umwelt verändert werden muß. Die Geschichte bewies, daß sie Recht hatten, doch anstatt ihrer kollektiven Wahrheit wurde das neue, kapitalistische System geboren.« (S. 97.)

In diesem 1989 erschienenen Buch mangelt es wirklich nicht an marxistisch-leninistischen Aussagen und an Zitaten von den beiden »Revolutionären«. Abschließend die Zielsetzung des Autors selbst: Das Buch soll »die Gründe der Herausbildung der neuen gesellschaftlich-ökonomischen Widersprüche und gleichzeitig die Intensivierung des Klassenkampfes aufzeigen.« (S. 9.)

Norbert Spannenberger

München

PÁNDI, PÁL: *»Gespenster« gehen in Ungarn um. Die utopisch-sozialistischen und frühkommunistischen Ideen in Ungarn bis 1848-1849.* Deutsche Übersetzung von MIKLÓS POGÁNY. Budapest: Akad. Kiadó 1987. 651 S.

Eine sehr detaillierte und wissenschaftlich gelungene Abhandlung liegt mit dieser Monographie vor, die sich der »ungarische[n] Ideenwelt während der Epoche [...] nach dem Wiener Kongreß« bis zu den unter anderem mit der Arbeiterbewegung sowie den Lehren von Karl Marx verbundenen Ereignissen der Jahre 1848/1849 widmet. Erstaunlich ist die Tatsache, daß es fünfzehn Jahre dauerte, bis diese Untersuchung aus dem Jahre 1972 ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht wurde. Nach den politischen Veränderungen im ehemaligen Ostblock und somit natürlich auch in Ungarn stellt dieses Werk – auch wenn es noch während der kommunistischen Epoche entstanden, publiziert und schließlich in die deutsche Sprache übertragen worden ist – einen wichtigen »Mosaikstein« dar, bei der Vergangenheitsbewältigung dieses Landes zu helfen.

Ausgehend von Begriffsklärungen (Utopischer Sozialismus – wissenschaftlicher Sozialismus, Aufklärung) vollzieht Pándi den Niederschlag westeuropäischer, utopisch angehauchter Philosophen in Ungarn nach und widmet sich insbesondere der Rolle von Zeitungen und Blättern für die Verbreitung dieser Theorien und Ideologien. In einem weiteren Kapitel wird der Wandlungsprozeß dieser Ansätze im Spiegel der ungarischen Zeitumstände beschrieben.

Als einschneidende Zäsuren erscheinen in Pándis Abhandlung der Reichstag von 1832-1836, in dem der Liberalismus an Profil gewann und auch Zeitungsberichte über die Ideenbewegungen und vor allem die Arbeiterbewegung zunahmen. Ebenso trugen Reiseberichte in westeuropäische, von kapitalistischen Prinzipien geprägte Länder wesentlich dazu bei, sich mit den Ideen der utopischen Sozialisten intensiver auseinanderzusetzen.

Den spezifisch ungarischen »Prinzipien und Wege[n]« ist denn auch ein eigenes Kapitel gewidmet, ebenso wie den unterschiedlichen Lagern bei den Utopisten, nämlich den Konservativen und den Radikalen. Schließlich wird der Niederschlag dieser nun ausgereiften Ideen in der ungarischen Literatur am Beispiel typischer Vertreter dokumentiert.

Den Hauptteil macht jedoch die Schilderung des literarischen Werks eines Vertreters, nämlich von Sándor Petöfi, aus. Anhand einer durchwegs akribischen Analyse von dessen Schriften wird dessen Haltung zur Heimat, zur ungarischen Nation, zum Nationalismus und zur Nationalitätenfrage, zum Krieg, zur Politik und zur utopisch-sozialistischen bzw. frühkommunistischen Idee bzw. Ideologie deutlich.

Mit einem Ausblick auf die Ereignisse der Jahre 1848/1849 schlägt der Historiker Pándi die Brücke zu den geschichtlichen Ereignissen jener Jahre und stellt die Zusammenhänge zwischen dieser Bewegung und den politischen Entwicklungen, d. h. zwischen den offiziellen und ungewollten gegenseitigen Beeinflussungen, her.

Ein ausführlicher Anhang sowie ein Register aller erwähnten Personen runden eine Untersuchung ab, die aus wissenschaftlicher Sicht sowie im entsprechenden Metier zweifellos ihresgleichen sucht. Lediglich das Fehlen einer Literaturübersicht über die benutzten Quellen sei als Kritikpunkt zu erwähnen. Es bleibt zu hoffen, daß künftig auch andere unerforschte Bereiche der ungarischen Geschichte (vor allem der Zeitgeschichte) mit einer derartigen Akribie und Genauigkeit, zudem unbelastet von politischen Ideologien, aufgearbeitet werden.

Markus Bauer

München

DEÁK, ISTVÁN: *Die rechtmäßige Revolution. Lajos Kossuth und die Ungarn 1848-1849*. Bearbeitet von KATHRIN SITZLER und ALBRECHT FRIEDRICH. Aus dem Ungarischen von GÉZA ENGL. Wien [u. a.]: Böhlau 1989. 332 S.

Die Literatur zu Lajos Kossuth ist Legion. Vor allem die Panegyriken des 19. Jhs. und der letzten 40 Jahre feiern den ungarischen Revolutionär als großen Heros der Nation und progressiven Volkshelden. Neben den romantisch-populären Arbeiten des vorigen Jhs. und den Biographien der kommunistischen Ära leitet Deáks Biographie eine neue, ermutigende und realistische Phase in der Historiographie ein. Einer der größten Verdienste der Untersuchung des New Yorker Geschichtswissenschaftlers besteht in ihrer klaren und ehrlichen Linie.

Wer war Lajos Kossuth? Ein Realist, ein Träumer? War er energisch und entschlossen oder eher zögernd und schwächlich? Soll man in ihm den selbstgerechten Egoisten, den Zyniker der Macht oder eher den großen und genialen Staatsmann sehen?

Kossuth war zutiefst von seiner gerechten Sache überzeugt. Als echter Volkführer vergleichbar den römischen Herrschergestalten war er mit Deáks Worten um »die Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger« bemüht. Der Autor sieht in Kossuth ein Kind seiner Zeit, national und international gesinnt und noch im vollen Glauben an die Vereinbarkeit von Liberalismus und Nationalismus.

Geboren wurde Lajos Kossuth am 19. September 1802 als Sohn einer Familie von niederem Adel im Komitat Zemplén. Nach dem Jurastudium versuchte er sich auf literarischem Gebiet. Auch historische Fragestellungen interessierten ihn. Neben Ungarisch und Deutsch sprach Kossuth noch Slowakisch (bedingt durch seine Herkunft) und Französisch. Nach 1825 engagierte er sich zunehmend in der Komitatspolitik und -verwaltung. Bis zu seinem Tod 1894 entwickelte er sich nach Deáks Worten zu einem echten »Vollblutpolitiker«. Aber in den Anfangsjahren seiner politischen Laufbahn unterschied sich Kossuth noch nicht wesentlich von den Tausenden anderer junger Adliger. Allein seine Entschlossenheit und die Intensität seiner Ambitionen waren auffällig.

Schon zu Beginn der dreißiger Jahre des 19. Jhs. zeichneten sich im Preßburger Landtag die zwei ungarischen Positionen ab: die Gemäßigten oder Pragmatiker unter Széchenyi und die Radikalen oder Idealisten unter Kossuth. Nach dem Wiener Thronwechsel 1835 gingen die Behörden verstärkt gegen die Provokateure vor. Kossuth wurde 1837 inhaftiert und stieg so zum Märtyrer der Nation auf. Auf dem neugewählten Preßburger Landtag (1839) war – neben Széchenyi und Kossuth – Ferenc Deák als Führer der Opposition die bedeutendste politische Persönlichkeit. In der »Pesti Hírlap«, die Kossuth nach seiner Haftentlassung 1840 herausgab, entfaltete er seine politischen Vorstellungen von einem ungarischen Nationalismus. Er drängte auf eine Union mit Siebenbürgen und die Einführung des Ungarischen als Amtssprache im ganzen Land. Dieses sollte aber in seinen Augen nicht zu einer gewaltsamen Assimilation der anderen Völker führen, denen er den Gebrauch ihrer Bräuche und ihrer Sprache zubilligte, wenn sie nur akzeptierten, daß es im Königreich nur eine Nation gebe, nämlich die ungarische.

Während die Aktivität der Habsburger immer lähmender wirkte, drang die ungarische Politik unaufhaltsam vor. Das Verhängnis stand kurz bevor, die Monarchie hatte keine Mittel mehr, ihre Untertanen im Interesse einer großen gemeinsamen Sache zu einigen. Die »Kaisertreue« war dem Gedanken der nationalen Unabhängigkeit in der Mitte des 19. Jhs. nicht mehr gewachsen.

Auslöser der Krise von 1848 war schließlich die finanzielle Lage des Reichs. Am 15. März 1848 brach in Preßburg und Buda-Pest die Revolution aus. Am 18. März genehmigte die Staatskonferenz in Wien die »provisorische« Ernennung Lajos Batthyánys zum ungarischen Ministerpräsidenten. Batthyány, der in kürzester Zeit sein Regierungskabinett zusammenstellte, hatte die Absicht, ein starkes Ungarn innerhalb des österreichischen Kaiserreichs zu schaffen. Eine neue Verfassung und die sogenannten Aprilgesetze wurden erstellt. Nach deren Sanktionie-

rung durch den König hatte Ungarn ein halbes Jahr eine konstitutionelle Regierung in Buda-Pest. Die neue Regierung stand großen Problemen gegenüber: Arbeiter- und Bauernunruhen, Judenpogromen und Nationalitätenkonflikten. Aber das Schicksal der ungarischen Unabhängigkeit sollte sich bald wenden, nachdem sich das Kriegsglück in Norditalien im August zugunsten Wiens geneigt hatte. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Batthyány im September trat der Landesverteidigungsausschuß unter seinem Präsidenten Kossuth an dessen Stelle. Nicht mehr Széchenyi war der Rivale Kossuths, die Geschichte des Freiheitskampfes war vom Kampf zwischen dem Oberkommandierenden der ungarischen Armee Arthur Görgey und Kossuth charakterisiert. Nach der Auffassung des Autors »jagten beide Traumbildern nach«, denn das Schicksal Ungarns war durch die mißglückte Wiener Oktoberrevolution besiegelt. Der verlustreiche Krieg konnte erst im August 1849 nach dem Eingreifen Rußlands auf Seiten seines österreichischen Verbündeten mit der Niederlage der ungarischen Revolutionäre beendet werden. Kossuth mußte flüchten, zuerst ins türkische Exil nach Widin, dann in die USA, nach England und letztendlich nach Italien.

Die engagierte Biographie, die auf unveröffentlichtem Archivmaterial und breiter Kenntnis der Sekundärliteratur beruht, vermittelt dem Leser neben einem klaren Bild der konkreten Ereignisse der Revolution – Deák scheut sich dabei nicht, immer wieder Unklarheiten und Streitfragen in der Forschung anzusprechen – auch einen Einblick in die inneren Zusammenhänge, wobei sein Blick das Ganze einzufangen versucht. Als solches ist das Werk ein flammender Aufruf gegen herrschende Vorurteile und blinden Nationalismus und für eine Versöhnung der Völker der ehemaligen Habsburgermonarchie. »Und doch ist es vielleicht keine völlig eitle Hoffnung, daß die Völker [...] nicht nur sich selbst Denkmäler setzen werden. Falls die kleinen Völker des Donaubeckens – Österreicher, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Serben, Rumänen, Kroaten und die anderen – tatsächlich den Frieden wollen, dann werden sie gemeinsam ein großes Denkmal errichten und an diesem die Aufschrift anbringen: ›Den Opfern der Bürgerkriege‹ und darunter: ›Nie wieder!‹«

Hans-Christian Maner

Mainz

GÖRGEY, ARTÚR: *Életem és működésem Magyarországon 1848-ban és 1849-ben* [Mein Leben und Wirken in Ungarn in den Jahren 1848 und 1849]. Görgey István fordítását átdolgozta, a bevezetőt és a jegyzeteket írta KATONA TAMÁS. A kötetet szakmai szempontból KOSÁRY DOMOKOS nézte át. Budapest: Európa 1988. Bd. I: 507 S.; Bd. II: 530 S.

In der ungarischen Historiographie umfaßt die Literatur über die Ereignisse von 1848/1849 außer den Fach-Monographien auch militärgeschichtliche Untersuchungen, vergleichende Studien zu den Ereignissen in Mittel- und Südosteuropa, Quellensammlungen und Memoiren. Nach der Neuauflage des Tagebuchs von István Széchenyi (1978), des Reisetagebuchs von Szemere Bertalan (1983) und der

Erinnerungen von Sebő Vukovics (1982), György Klapka und Pál Hunfalvy (1986) wird die von Tamás Katona geleitete Serie »Pro Memoria« mit einem weiteren Band fortgesetzt, den Memoiren von Artúr Görgey (1818-1916), dem ehemaligen Kriegsminister und Oberbefehlshaber der ungarischen Revolutionsarmee.

Die beiden »Mein Leben und Wirken in Ungarn in den Jahren 1848 und 1849« betitelten Bände waren 1852 in Leipzig erschienen, gleichzeitig mit einer englischen, italienischen und schwedischen Übersetzung. Die einzige Übersetzung in das Ungarische, die der Bruder des Verfassers erstellt hatte, datiert aus dem Jahre 1911. Die vorliegende Neuauflage versucht mit Erfolg, die Fehler der vorherigen Edition durch Überprüfung anhand des deutschen Originals zu verbessern.

Im Vorwort werden Leben und Wirken Görgeys vorgestellt. Er entstammte einer adligen Familie, schlug die militärische Laufbahn ein und studierte zwischendurch (1845-1848) Chemie an der Prager Universität. Im vorliegenden Memoirenwerk werden seine Rolle als Offizier im Revolutionsheer und seine Karriere, die ihn in Kossuths Nähe führte, geschildert. Der letzte Feldzug, die Frage des sogenannten »Verrats«, das Mandat eines »Diktators«, das er sich nach Kossuths Flucht in die Türkei aneignete, der Entschluß zur Kapitulation bei Şiria (12. August 1849), die Internierung in Klagenfurt sowie das Abfassen der Memoiren, die im April 1851 druckfertig waren, stellen weitere Kapitel dar.

Weil es sich um Memoiren handelt, sind diese Bände mit Vorbehalt aufzunehmen; das hier gezeichnete Bild wirkt oftmals individuell geprägt, am wenigsten noch bei der Darstellung der unmittelbaren militärischen Ereignisse. Dennoch ist dieses Werk – nicht zuletzt wegen der sorgfältigen Edierung – wichtig, um die damals handelnden Personen sowie die Ereignisse einzuordnen und zu verstehen.

Stelian Mindruț

Klausenburg

Kossuth Lajos iratai. 1837 május – 1840 december. Hüttlenségi per, fogság, útkeresés [Die Schriften von Lajos Kossuth. Mai 1837 – Dezember 1840. Hochverratsprozeß, Haft, Wegsuche]. Sajtó alá rendezte PAJKOSSY GÁBOR. Budapest: Akad. Kiadó 1989. 705 S. = *Fontes historiae hungaricae aevi recentioris. Magyarországi újabb kori történetének forrásai. Kossuth Lajos összes munkái VII.*

Die von István Barta und István Sinkovics 1948 bis 1966 erstellte Sammlung umfaßt in 14 Bänden die Schriften, Reden, offiziellen Aktenstücke und Briefe Kossuths bis 1837 und von 1847 bis 1849.

Der jetzt erschienene Band behandelt die Zeit zwischen dem 5. Mai 1837, dem Datum der Urkunde, worin die Verhaftung Kossuths bezeugt wird, und dem 31. Dezember 1840, dem Tag, an dem er die Leitung der Zeitung »Pesti Hírlap« übernahm. Die hier abgedruckten, mehrheitlich bisher unveröffentlichten Materialien beziehen sich auf den »Hochverrats«-Prozeß: Briefe aus dem Gefängnis sowie Reden und Botschaften nach der Freilassung.

In der Einführung geht es um die benutzten Archive und Sammlungen sowie um die Schwierigkeiten und Lücken in den Beständen; des weiteren geht es um die Editions-kriterien. Der Band wird durch den umfassenden Anmerkungsapparat sowie durch ein Abkürzungsverzeichnis und ein Register erschlossen. Die Initiatoren der Gesamtedition werden eingangs gewürdigt, an erster Stelle Kálmán Benda, Domokos Kosáry und György Szabad. Das hier veröffentlichte Quellenmaterial trägt dazu bei, einen wichtigen Abschnitt aus der politischen Entwicklung Kosuths näher zu beleuchten.

Stelian Mîndruş

Klausenburg

Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1848-1918) herausgegeben von ADAM WANDRUSZKA und PETER URBANITSCH. Band 6: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1989. 819 S.

Der vorliegende Band dieser anspruchsvollen Reihe stellt nach der Behandlung vieler rechtlicher und organisatorischer Aspekte der österreichisch-ungarischen Außenpolitik die Entscheidungsträger und den außenpolitischen Spielraum einer doch schon ziemlich zweitklassigen europäischen Großmacht in den Mittelpunkt der Darstellung. Vor allem wird der Frage nachgegangen, inwieweit außenpolitische Fehlentscheidungen zum Untergang der Habsburger Monarchie mit beigetragen haben. Neben dem politischen Geschehen werden auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die außenpolitische Propaganda eingehend behandelt. Die wichtige Frage, inwieweit die Innenpolitik und die nationalen Forderungen der einzelnen Völker Österreich-Ungarns die Außenpolitik mitbestimmt oder beeinflusst haben, gehört ebenfalls zu den zentralen Fragestellungen dieses Bandes.

Der ungarische Anteil an der Außenpolitik der Gesamtmonarchie wird von István Diószegi untersucht. Er beginnt mit dem Versuch Österreichs 1863, den Deutschen Bund zu reformieren, der in der ungarischen öffentlichen Meinung positiv aufgenommen wurde, weil die meisten Politiker in Budapest hofften, daß sich dadurch ihr schon lang gehegter Wunsch auf Auflösung aller gesamtstaatlichen Bande zwischen Österreich und Ungarn erfüllen und daß in Zukunft nur die Personalunion zwischen beiden Ländern weiterbestehen würde. Alle Maßnahmen dagegen, die in der deutschen Frage auf eine Beibehaltung des »status quo« abzielten, wie z. B. das gemeinsame Vorgehen Österreichs und Preußens im Feldzug gegen Dänemark, ließen in Ungarn nach Diószegis Feststellung die Befürchtung aufkommen, daß das bestehende und in Budapest bekämpfte, die ungarische Eigenstaatlichkeit verletzende Verfassungsprovisorium erhalten bliebe.

Nach dem Ausgleich von 1867 stand von ungarischer Seite die Sicherheit des eigenen Landes im Mittelpunkt der gemeinsamen Außenpolitik. Während sich nach Diószegis Analyse bis dahin ungarische Politiker größtenteils nur über

Presse und Flugschriften in der Außenpolitik bemerkbar machen konnten, besaßen sie jetzt die Möglichkeit, über die verfassungsmäßigen Organe, die gemeinsame Außenpolitik zu beeinflussen. Wie die von Diószegi angeführten Zitate aus führenden ungarischen Parteiblättern belegen, lag nach 1867 die Wiederherstellung der Vormachtstellung Österreichs in Deutschland nicht im Interesse Ungarns. Aus Furcht vor einer Expansion Preußens unterstützte Budapest aber alle auf eine Verhinderung eines russisch-preußischen Bündnisses abzielenden Bemühungen des österreichischen Reichskanzlers Beust.

Der preußische Sieg bei Sedan führt nach Diószegi von Ungarn aus im Einklang mit Beust zu einer Neuorientierung der Außenpolitik im Bunde mit dem geeinten Deutschland gegen Rußland. Eine Garantie zur Durchsetzung des ungarischen Standpunkts in der gemeinsamen Außenpolitik schien 1871 die Ernennung von Gyula Andrassy dem Älteren zum Außenminister zu bieten. Zum russisch-türkischen Krieg zitiert Diószegi ungarische Politiker, die mit Hilfe Englands eine Möglichkeit sahen, die Vormachtstellung der Habsburger Monarchie auf dem Balkan zu sichern. Da die politischen Kräfte in Ungarn in der Erwerbung Bosniens durch Österreich-Ungarn eine Stärkung des slawischen Einflusses im Gesamtstaat sahen, lehnten sie die von Andrassy auf dem Berliner Kongreß durchgesetzte Besetzung dieser Provinz durch die k. u. k. Armee ab. Nach Diószegi konnte Andrassy auch mit dem Abschluß des Zweibundes das Vertrauen der ungarischen Politiker 1879 nicht zurückgewinnen.

Der Druck der ungarischen Öffentlichkeit verhinderte 1887 die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses und forderte einen Krieg gegen Rußland. Als sich in der Folgezeit die Wogen in der Balkanpolitik glätteten, forderten ungarische Politiker den Gebrauch der ungarischen Sprache im auswärtigen Dienst und größeren institutionellen Einfluß auf die Außenpolitik. Die öffentliche Meinung Ungarns zeigte nach der Jahrhundertwende deutliche Sympathien für die Türkei in deren Auseinandersetzung mit den Balkanvölkern. Wegen der Wandlung der internationalen Lage wurde von ungarischer Seite immer häufiger eine Revision des Bündnisses mit Deutschland zugunsten einer Annäherung an Rußland gefordert. Da die Beziehungen zu Rußland sich positiv entwickelt hatten und die Zusammenarbeit mit Deutschland eine schwere Gefährdung der ungarischen Interessen durch die deutsche Zollpolitik und die alldeutsche Propaganda mit Ihrem »Drang nach Osten« darstellten, hielt ein Teil der ungarischen Politiker den Dreibund für überflüssig. Als der österreichisch-ungarische Außenminister Aehrenthal in Absprache mit Rußland eine Expansion seines Landes auf dem Balkan über Belgrad bis nach Saloniki anstrebte, aber als schon sein erster Schritt, die Annexion Bosniens und der Herzegowina, den Zorn Rußlands und das Anwachsen nationalistischer Tendenzen bei den Balkanvölkern hervorrief, stellte sich in Ungarn selbst die Unabhängigkeitspartei hinter den Minister.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Ungarische Unabhängigkeitspartei verstärkten sich in Budapest die Forderungen nach Magyarisierung der Außenpolitik. Während die Delegation des ungarischen Reichstags eine stärkere Unterstützung Deutschlands in der Marokkokrise durch den gemeinsamen Außenminister verlangte, kritisierte die ungarische Öffentlichkeit das deut-

sche Vorgehen in Marokko als eine Manifestation deutscher Aggressivität. Auch im Jahr 1912 herrschte nach den von Diószegi vorgelegten Pressezitaten in der ungarischen Öffentlichkeit über die Balkanfrage geteilte Meinung: die Unabhängigen reklamierten nach wie vor eine freundschaftliche Annäherung an Serbien, die Regierungspartei dagegen war mit dem Außenminister der Meinung, daß Serbien keinen Zugang zur Adria erhalten solle. In der Krise nach dem Attentat von Sarajewo stand die ungarische politische Elite hinter der gemeinsamen Außenpolitik. Lediglich der ungarische Ministerpräsident war zunächst von der Notwendigkeit eines Krieges gegen Rußland nicht überzeugt, stimmte aber schließlich der Kriegserklärung gegen Serbien zu.

Die überraschende Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns zu Beginn des Ersten Weltkrieges, die nicht hinter derjenigen der einzelnen Nationalstaaten zurückblieb, wertet Diószegi als Ergebnis der Übereinstimmung in den außenpolitischen Zielen der staatstragenden Völker der Monarchie. In der langen Dauer des Krieges, in der allgemeinen Ernüchterung und im Konflikt zwischen dem Gesamtstaatsinteresse und den unterschiedlichen nationalen Zielen der einzelnen Völker sieht er die Ursachen der Auflösung der Habsburger Monarchie. Die ungarischen Politiker befürchteten vor allem bei einem Gebietszuwachs im Fall eines Sieges der Mittelmächte eine Erweiterung des Dualismus und dadurch eine Schwächung der Stellung ihres Landes im Gesamtstaat. Der Zerfall des zaristischen Rußlands und damit der Wegfall der Angst vor einer russischen Expansion sowie der wachsende Einfluß Deutschlands und damit die Gefahr einer Germanisierung Ungarns werden von Diószegi als Gründe für die Auflösung Österreich-Ungarns bewertet.

Die von Diószegi vorgelegte Zusammenfassung der außenpolitischen Ausrichtung der in Ungarn führenden politischen Kräfte von 1848-1918 wird in einzelnen anderen Beiträgen dieses umfassenden Bandes bestätigt. Bei einer Neuauflage könnten diese Wiederholungen sicher zum Teil vermieden werden.

Horst Glassl

München

UNGARN SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG

NEBELIN, MANFRED: *Deutsche Ungarnpolitik 1939-1941*. Opladen: Leske und Budrich 1989. 255 S.

Die Untersuchung, eine Dissertation, gilt der deutschen Politik gegenüber Ungarn vom Frühjahr 1939 bis zum Sommer 1941 – ein Zeitraum, der bisher in der Historiographie wenig ausführlich behandelt wurde, sich aber durch Entscheidungen von großer Tragweite heraushebt: die Angriffe auf Polen, Jugoslawien und die Sowjetunion sowie der Zweite Wiener Schiedsspruch.